



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Wolfgang Baasch (SPD)

und

Antwort

der Landesregierung - Finanzministerium

Auswirkungen der Kürzung der Sonderzahlungen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Beamtinnen und Beamte erhalten in Folge der 2006 beschlossenen Änderungen bei den Sonderzulagen geringere Zahlungen?
2. Wie viele Beamtinnen und Beamte erhalten in Folge der 2006 beschlossenen Änderungen bei den Sonderzulagen höhere Zahlungen?

Antwort zu den Fragen 1. und 2.

In der Kürze der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit ist eine rechnerische Auswertung des Rechenlaufs für Dezember 2007 nur sehr aufwändig und unter erheblichen Mehrkosten leistbar.

Grundsätzlich erhalten die Beamtinnen und Beamten geringere Zahlungen, weil der - nur bis zur Besoldungsgruppe A 10 geleistete - Grundbetrag von 660 € (bzw. 330 € bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern) unter den Bemessungssätzen des Jahres 2006 liegt. Nur in Familien, in denen der Besoldungsempfänger Bezüge bis zur Besoldungsgruppe A 10 erhält und zudem die Zahl der berücksichtigten Kinder in der Regel drei übersteigt, kann sich ein ausnahmsweise höherer Zahlbetrag ergeben.

Diese Zahlfälle dürften sich allerdings in einem sehr überschaubaren Rahmen bewegen.

3. Wie viele Beamtinnen und Beamte haben sich wegen der Änderungen bei den Sonderzahlungen an das Landesbesoldungsamt gewandt?
4. Wie viele Beamtinnen und Beamte haben Einspruch gegen die Berechnung der Sonderzahlungen eingelegt?
5. Wie viele dieser Einsprüche sind positiv und wie viele negativ entschieden worden, wie viele noch anhängig?

Antwort zu den Fragen 3., 4. und 5.

Insgesamt haben sich 24071 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger an das Landesbesoldungsamt gewandt (22252 Anträge von Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern und 1819 Anträge von Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern; Stand 28. März 2008).

Einspruch gegen die Berechnung der Sonderzahlung haben 479 Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter gestellt. Von Seiten der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern liegen 9 Einsprüche vor.

Bislang ist über einen Widerspruch negativ entschieden worden; es werden noch drei weitere im Hinblick auf beabsichtigte Musterverfahren folgen.

6. Wie viele Beamtinnen und Beamte haben Klage eingereicht?
7. Wie viele dieser Klagen sind positiv und wie viele negativ entschieden worden, wie viele noch anhängig?

Antwort zu den Fragen 6. und 7.

Derzeit ist eine Klage beim VG Schleswig anhängig.

8. Plant die Landesregierung Veränderungen an der geltenden Rechtslage?

Nein